Nummer 142 — Halle, Mittwoch, den 3. Mai 1922 — Jahrgang 57

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 19.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 11.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 1.50, im auswärtigen Verkehr M. 2.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 5.00 im Ortsverkehr und M. 6.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Vier Uhr nachmittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelzentrale: Sammelnummern 1140 und 1149. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 32815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats gültig.

Poincares Verlegenheit.

Unstimmigkeiten mit Barthou. — Poincare will nicht gedroht haben. — Was Rußland an Kredit nötig hat. — Vor einer Verständigung in der Beamtenbesoldung.

Warum Barthou nach Paris reist.

Paris, 2. Mai. Barthou ist heute vormittag mit seinem Kabinettschef Lemirault nach Paris abgereist.

Barthous Reise hat zweifellos in Differenzen mit Poincaré ihren tieferen Grund. Interessant ist ein Artikel im „Oeuvre", in dem es heißt: Barthou möge nicht daran verzweifeln, Poincaré zum Nachgeben zu bewegen. Er werde vielleicht um so mehr Erfolg haben, als die Rede von Philippeville nicht im geringsten eine restlose Bestätigung der Rede von Barle-Duc gewesen sei. Präsident Millerand habe Wert darauf gelegt, festzustellen, daß er die Uebertreibungen des Nationalismus nicht mitmache, und daß er nicht daran denke, mit den Alliierten zu brechen, um des kostspieligen und gefährlichen Vergnügens willen, allein nach dem Ruhrgebiet zu marschieren. Es sei also gar nicht unmöglich, daß nach der Beratung die Regierenden in Frankreich eine andere Haltung einnehmen würden, die diesesmal die des gesunden Menschenverstandes sein werde. Poincaré dürfe sich nicht täuschen, niemals habe die öffentliche Meinung in Frankreich so in schärfstem Widerspruch zu der Presse gestanden. Die ungeheure Mehrheit der Franzosen denke und fühle wie „Oeuvre". Sie wolle um keinen Preis den Krieg; es gebe keinen vernünftigen Mann, der nicht anerkannt hätte, daß die augenblickliche Politik, die provozierend und prahlerisch sei, geradenwegs zu einer neuen Metzelei führe.

Ein neuer Druck Lloyd Georges?

Paris, 2. Mai. Die nationalistische „Liberté" erhielt von ihrem Sonderberichterstatter in Genua ein Telegramm, demzufolge Barthou nach Paris Vorschläge Lloyd Georges mitnahm, die einem Ultimatum recht ähnlich sähen. Wenn Frankreich ihm nicht in seiner russischen Politik bis zum äußersten folge, werde Lloyd George ohne Frankreich mit den Sowjets verhandeln. Wenn Frankreich ablehne, nach San Remo zu gehen, wo nach Lloyd Georges Wunsch vor dem 31. Mai eine Tagung des Obersten Rates abgehalten werden soll, werde er das als eine Art Bruch betrachten. Diese drohende Haltung habe gestern zu dem bedauerlichen Ergebnis geführt, daß Barthou Belgien allein gegen das für die Russen bestimmte Memorandum protestieren ließ. Wenn wir nicht unsere letzten Freunde unterstützen, fügt der Berichterstatter hinzu, laufen wir Gefahr, morgen allein dazustehen. Wenn wir nicht reagieren, wird Lloyd George uns zwingen, seinem Plan zu folgen, der die Abrüstung und den Verzicht auf die Reparation bedeutet.

Poincarés Stellung zum Friedenspakt.

Festhalten an „Sanktionen". — Verlängerung des provisorischen Moratoriums.

In Pariser politischen Kreisen wird der Reise Barthous, der Mittwoch morgen in Paris eintrifft, entscheidende Bedeutung beigemessen. Der „Gaulois" gibt den allgemeinen Eindruck wieder, wenn er bemerkt, Frankreich stehe im Begriff, zwischen der Politik der Pakte und der Politik einer eventuellen isolierten Aktion zu wählen und seine zukünftige Stellung gegenüber Europa zu bestimmen. Der Senatsausschuß und der Kammerausschuß für äußere Angelegenheiten sind auf Donnerstag einberufen. Die Regierung hat allem Anschein nach den Wunsch, vor entscheidender Beschlußfassung die Ansicht der Parlamentsvertreter einzuholen.

Ministerpräsident Poincaré hat sich über die Fragen, die der Kabinettsrat am Donnerstag in Gegenwart Barthous erörtern wird, bei den Pressempfängen am Quai d'Orsay am Montag geäußert. Zur Hauptfrage, dem europäischen Pakt, bemerkte der Ministerpräsident, die französische Regierung sei zur Unterzeichnung des in Cannes vorgesehenen Paktes bereit, falls er mit Artikel 16 der Völkerbundsakte in Einklang stehe und das Recht der verbündeten Regierungen auf eventuelle Verhängung von Sanktionen im Falle einer Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland nicht antaste. In der Frage des Obersten Rates vertrat Poincaré seine alte Auffassung, daß es nach Frankreichs Ansicht vorzuziehen wäre, wenn die Verbündeten ihre Meinungen auf dem normalen diplomatischen Wege austauschen, und daß eine Tagung des Obersten Rates auf jeden Fall vor dem 31. Mai unnötig erscheine. Sollte der Wiedergutmachungsausschuß mit Stimmenmehrheit am 31. Mai ein Versagen Deutschlands feststellen, so würde der Oberste Rat nach Ansicht Poincarés zusammentreten können, um die erforderlichen Maßnahmen zu diskutieren.

Poincaré betonte weiter in diesem Zusammenhang, es sei keineswegs ausgemacht, daß der Wiedergutmachungsausschuß am 31. Mai ein Versagen Deutschlands proklamiere. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß der Ausschuß das provisorische Moratorium um einige Monate verlängere.

Paris, 2. Mai. Dem Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" zufolge sagte Poincaré gestern den Vertretern der britischen Presse weiter: Er hoffe, daß der Tag niemals komme, wo Frankreich dazu getrieben werde, zu einer isolierten Aktion zu schreiten. Er habe keinesfalls den Wunsch, die Genueser Konferenz zu torpedieren, wie gewisse Blätter behauptet hätten. Was Rußland betreffe, so werde Frankreich in der Frage der Vorkriegsschulden fest bleiben. Hinsichtlich der tatsächlichen Kriegsschulden sei er jedoch für Zugeständnisse. Poincaré sagte außerdem: Er sehe keine Notwendigkeit, den Obersten Rat vor Anfang Juni zusammenzuberufen. In diesem Zeitpunkt würden die Alliierten in der Lage sein, endgültig zu wissen, ob Deutschland innerhalb der ihm gewährten Zeitgrenze bis 31. Mai beabsichtige, die Entscheidung der Reparationskommission anzunehmen.

Ein offenes Wort.

Poincarés verfehlter Schachzug.

Der Berichterstatter des Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle" in Genua schreibt, es sei schwer, einzusehen, wie Poincaré die Einladung Lloyd Georges nach San Remo ablehnen würde. Jeder objektive Beobachter in Genua sehe ein, daß sich der Boykott der Genueser Konferenz durch Poincaré von Anfang an als ein Fehler erwiesen habe. Der Sonderberichterstatter schreibt außerdem, der Brief Tschitscherins an Barthou versetze die Legende von einem deutsch-russischen militärischen und politischen Geheimabkommen den Todesstoß. Von Anfang an habe man in Genua gewußt, daß diese Legende eine Erfindung war, die bei der Psychologie der Konferenz nicht die geringste Rolle gespielt habe, obwohl sie aus deutlichen Gründen in Paris und London ausgespielt worden sei.

Die Frage der Besetzung des Ruhrgebiets.

Englands ablehnender Standpunkt.

Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain, die englische Regierung sei nicht bereit, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, falls dieses sich dazu entschließen sollte, das Ruhrgebiet zu besetzen. Dies dürfe nicht wunder nehmen nach den feierlichen Erklärungen, die im Unterhause im Mai vorigen Jahres abgegeben wurden, als ein solches Vorgehen, das im Londoner Ultimatum angekündigt war, nicht angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit hätte Lloyd George erklärt, „ohne die Ruhr stürzt das industrielle Deutschland zusammen, es kann ohne sie nicht bestehen!"

Chamberlain sagte ferner auf eine Anfrage, die englische Regierung habe wohl gewußt, daß zwischen Deutschland und Rußland seit Beginn des Jahres verschiedentlich unterbrochene Verhandlungen im Gange waren. Berichte hierüber seien von dem englischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon eingegangen. Das Rapallokommen habe aber die Regierung völlig überrascht.

Das Programm für die Vollsitzung.

Genua, 2. Mai. Die morgige Plenarsitzung der Konferenz wird um 10 Uhr vormittags im Palazzo San Georgio eröffnet werden. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Erörterung über die Resolutionen der zweiten Kommission (Finanzen), betreffend den Punkt 4 der Tagesordnung der Konferenz: a) Geldumlauf; b) Zentral- und Emissionsbanken; c) öffentliche Finanzen mit Bezug auf das Werk des Wiederaufbaues; d) Wechselkurse; e) Organisation des öffentlichen und privaten Kredites. 2. Beratung der von der vierten Kommission vorgelegten Resolution über Transportfragen.

„Rußland braucht 2 Milliarden Dollar".

Eine Ziffer Tschitscherins.

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des Reuterschen Büros in Genua erklärte Tschitscherin, nach der in der Presse veröffentlichten Fassung des Entwurfs zum Uebereinkommen mit Rußland zu schließen, scheine die Art und Weise, in der die Kreditfrage darin behandelt werde, der russischen Delegation unklar und unbefriedigend zu sein. Die russische Regierung brauche eine Anleihe. Es scheine jedoch, als ob die Anleihe der Regierung nur gewährt werde, um ausländischen Unternehmungen die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in Rußland zu ermöglichen. Die russische Regierung würde eine bestimmtere Zusage verlangen als die in dem geplanten Uebereinkommen angekündigte. Auf die Frage, wie hoch der Betrag der Anleihe sei, die die russische Regierung brauche, antwortete Tschitscherin: 2 Millionen Dollar.

Bryan gegen Amerikas Zurückhaltung.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Lincoln (Nebraska) hat der ehemalige Staatssekretär Bryan den Präsidenten Harding in einem Telegramm dringend gebeten, persönlich Interesse am Weltfrieden und der Erneuerung Europas zu nehmen und einen amerikanischen Vertreter zur Genueser Konferenz zu entsenden. Briand tadelt es, daß Amerika nicht in den Völkerbund eingetreten sei; aber es sei noch nicht zu spät, einen Mißgriff wieder gut zu machen.

Uebergabe Oberschlesiens.

Der Volksentscheid in der Autonomiefrage.

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen: Der letzte Aufruf der Interalliierten Regierungskommission, der die oberschlesische Bevölkerung zur „Ruhe" vermahnte, sprach davon, daß die Uebergabe des besetzten oberschlesischen Gebietes an die deutsche und polnische Regierung nur eine Frage von Tagen sei. Man darf dies aber nicht wörtlich nehmen. Am 4. Mai treten erst die Vertreter der Parteien, für Deutschland Dr. Eckardt, für Polen der Vizeminister Sepda zu einer Besprechung über die Vorbereitungen der Uebergabe zusammen. Wohl erst Ende Mai wird die Uebergabe erfolgen. Aber auch bis dahin wird niemand wissen, ob die wirtschaftliche Einigung, die in Genf nach harten Ringen zustande kam, in der Praxis überhaupt durchführbar ist. Das Papier ist geduldig und am grünen Tisch läßt sich manches ordnen, was nachher viele Haken hat. Mit dem Genfer Kompromiß ist niemand zufrieden. Aber man darf den deutschen Unterhändlern keinen Vorwurf machen. Dr. Schiffer hat sich allein schon dadurch, daß er in letzter Stunde einen Schiedsspruch Calonders vermied, die größten Verdienste erworben. Man hat sich nur leider schon allzusehr an den Gedanken der widersinnigen Teilung gewöhnt und man weiß eigentlich heute noch nicht, ob es gelungen ist, die größten Gefahren auszuschalten. Die furchtbare Operation ist zu Ende. Aber ob der Patient durchkommt? Man wird es erst nach Monaten, vielleicht nach Jahren feststellen können.

Die Losreißung Ost-Oberschlesiens vom Reichskörper ist seinerzeit, wenn man die politische Seite der Angelegenheit unberücksichtigt läßt, sozusagen geglückt. Es haben sich keine zerstörenden Folgen für den Wirtschaftsaustausch und den Verkehr an der neuen Grenze gezeigt. Aber das besagt gar nichts für die jetzt bevorstehende abermalige Abtrennung. Und eines ist sicher; sollten sich Widerwärtigkeiten und Schädigungen herausstellen, so wird die Entente oder was nach Genua noch von ihr vorhanden ist, keinen Finger rühren, um die begangenen Fehler zu verbessern. Lieber läßt sie die beiden Stücke des zerfägten oberschlesischen Baumes verdorren, als daß sie das salomonische Urteil des Völkerbundes — ihrer Kreatur — widerruft. Aber was dann? Dann muß das kranke, notleidende Deutschland zusehen, wie es den deutschgebliebenen Teil Oberschlesiens vor dem Untergang rettet. Schon aus diesem Grunde, also im Hinblick auf die vielleicht sehr bald notwendige Hilfe Preußens und des Reiches ist die Stimmung der Oberschlesier in der Autonomiefrage umgeschlagen. Man erkennt, daß die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie ihre ursprüngliche Zustimmung zu der Separationsbewegung zurückgezogen haben mit der kaum widerlegbaren Begründung, daß das Autonomieversprechen das ungeteilte Verbleiben Oberschlesiens beim Reiche im Auge hatte. Es ist anders gekommen, und daraus ergeben sich nun alle die zahlreichen Schwierigkeiten der Lage. Das Zentrum möchte aus konfessionellen Gründen an dem Autonomieversprechen festhalten. Aber viele Wähler dieser Partei fürchten, daß man den Separatisten im Rheinlande, in Hannover und vielleicht auch in Nassau das Stichwort für ihre Parole: Los von Preußen! geben würde. Wie dem auch sei, die Katholiken wissen, daß Preußen nicht mehr von den protestantisch eingestellten Hohenzollern und auch nicht mehr von dem Atheisten Adolf Hoffmann regiert wird und deshalb schwanken die Meinungen neuestens auch im Zentrum. Sollte Oberschlesien wirklich infolge der bevorstehenden Abstimmung autonom werden, so müßte es innerpolitisch ganz von vorne anfangen, ein Parlament wählen, Minister und Beamte aus eigenen Beständen aufstellen, ungeheure neue Steuern erfinden — denn es ist heute schon eine Zuschußprovinz Preußens — und den ganzen fiskalischen Apparat von sich aus aufbauen. Wird es nicht unter der Last dieser Aufgaben zusammenbrechen? Der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Ulitzka, der sich bei den bisherigen Kämpfen um das Schicksal Oberschlesiens zweifellos sehr verdient gemacht hat, schlägt vor, aus dem Rumpfgebiet eine Art Reichsland zu machen. Aber schrecken nicht die Spuren von Elsaß-Lothringen? Man würde eine polnische Irredenta erleben, die alle Mühen der Abzirkelung und Verkürzung der deutschen Grenze wieder in Frage stellt.

Somit scheint es wirklich nur im Interesse des vielgeprüften oberschlesischen Landes zu liegen, wenn man entweder den Volksentscheid über die Autonomiefrage noch eine Zeitlang, mindestens auf ein Jahr hinausschiebt oder sich in allen Parteilagern darauf einigt, zunächst nur einmal die Forderung der erweiterten Provinzialautonomie zu betreiben, die ja auch von anderen preußischen Landesteilen gewünscht wird.

Zurückziehung französischer Truppen aus dem Kehler Gebiet?

Wie die „Offenburger Zeitung" mitteilt, sind die französischen Truppen aus einem Teil des Brückenkopfgebietes Kehl zurückgezogen worden. Der bisherige örtliche Wachtdienst ist durch Patrouillendienst ersetzt worden. Der Grund der Maßnahme ist unbekannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220503014/fragment/page=0001

Französische Schwindelmanöver.

Zur Aushöhlung der inneren Front.

Die „Agence Havas" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Berlin: In deutschen politischen Kreisen sei man skeptisch wegen des Ergebnisses der Konferenz von Genua geworden. Der deutsch-russische Vertrag, der anfänglich günstig aufgenommen worden sei, werde jetzt lebhaft kritisiert und als Ungeschicklichkeit bezeichnet. In Abwesenheit des Reichskanzlers und Dr. Rathenaus sei die Kampagne gegen das Ministerium seit einiger Zeit ziemlich lebhaft, wenn auch heimtückisch wieder aufgenommen worden. Die Zeitungen sprächen davon und schienen den Befehl, die Regierung nicht offen anzugreifen, Folge zu leisten. Trotzdem fasse man die Möglichkeit eines Sturzes des Ministeriums nach der Rückkehr der Delegation aus Genua ins Auge. Die Persönlichkeit, die die Nachfolgeschaft antreten könne, sei keine andere als Dr. Hermes. Wenn er die Regierungsgewalt übernehmen werde, so werde er diese natürlich auf die Koalitionsparteien stützen, denen sich die Volkspartei anschließen werde.

Hierzu bemerkt WTB. durchaus zutreffend: Augenscheinlich handelt es sich hier um eine neue Phase des französischen Kampfs mit neuen Waffen. Während Paris bis jetzt mit Beschimpfungen und Drohungen versuchte, Deutschland von dem deutsch-russischen Vertrage abzubringen, soll dies jetzt durch Aushöhlung der innern Front und die Prophezeiung von Kabinettskrisen und eine ganz haltlose Verdächtigung des Reichsfinanzministers erreicht werden. Daß diesmal nicht einmal passende deutsche Zeitungsstimmen vorliegen, scheint der französischen Propaganda das Handwerk wesentlich zu erschweren.

Steuerermäßigung in England.

In der Sitzung des Unterhauses am Montag hat Schatzsekretär Sir Robert Horne den bereits angekündigten Budgetvorschlag für 1922/23 vorgelegt. Als der Minister das überfüllte Haus betrat, wurde er mit lautem Beifall empfangen. Er lächelte über den Zwischenruf eines Unterhausmitgliedes: „Wie steht es mit der Herabsetzung der Einkommensteuer um eine halbe Krone?" und versuchte selbst allgemeine Heiterkeit, als er auf einen anderen Zwischenruf antwortete: „Alles, was von Deutschland kommt, würde ich als einen besonderen Glücksfall ansehen."

Der Voranschlag schätzt die Gesamtausgaben auf 910 069 000 Pfund, während die für das vorangegangene Jahr auf 1 100 500 000 geschätzt worden waren. Der Minister erklärte, die Einkommensteuer werde um einen Schilling pro Pfund herabgesetzt werden, die Zölle auf Tee um 4 Pence. Ebenso erfolgt Ermäßigung der Zölle für Kakao, Kaffee und Zichorie.

Ferner wurden einige Erleichterungen für die Besteuerung der Gesellschaften und des ländlichen Eigentums angekündigt. Einer der Finanzvorschläge für das neue Finanzjahr betrifft das Postwesen. Die sonntägliche Briefkastenleerung wird wieder eingeführt, nicht aber Briefverteilung. Das Porto für Postkarten wird auf 1 d herabgesetzt, Drucksachen auf ½ d und Briefporto auf 1½ d. Aber man hofft, daß durch Erhöhung des Umsatzes eine höhere Einnahme erzielt wird.

Höhere Postgebühren ohne höhere Gegenleistungen?

Der Hansabund schreibt uns: Abermals sollen auf die Schultern der Gewerbetreibenden erheblich erhöhte Postgebühren gelegt werden. Bedauerlicherweise aber enthält die neue Vorlage des Postministeriums nichts darüber, daß auch die Leistungen der Post für die Allgemeinheit der Geldentwertung ebenso angepaßt werden wie die Gebühren, die sie für ihre Leistungen verlangt. Die Postverwaltung hat auf Eingaben aus gewerblichen Kreisen zum Beispiel die Meistbeträge für Nachnahmesendungen nicht in dem Maße erhöht wie die Gebühren, die seit der Vorkriegszeit auf etwa das 35fache gesteigert wurden gegen eine nur etwa 6fache Erhöhung der Meistbeträge für Nachnahmesendungen. Mithin wäre der Meistbetrag der Nachnahmesendungen auf 25 000 Mark festzusetzen. Das Gleiche gilt für den Schadenersatz, den die Post für verlorengegangene Einschreibbriefe und Pakete übernimmt. Die Paketportosätze sind auf das 25fache erhöht, der Schadenersatz jedoch nur von 6 Mark auf 20 Mark, etwa das 3⅓fache. Man kann nicht gerade sagen, daß gegen früher die Verlustziffer bei Paketen usw. abgenommen hat. Gegenüber der Gebührenerhöhung müßte der Schadenersatz mindestens 120 Mark pro Kilo betragen.

Alle Stellen, die die neue Gebührenvorlage des Postministeriums zu beraten haben, sind dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß nun endlich auch die Gegenleistungen der Post der Gebührenerhöhung entsprechend aufgebessert werden.

Die Teuerungsaktion.

Annäherung der beiderseitigen Zugeständnisse.

Am Montag abend haben im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitze des Ministerialdirektors v. Schlieben die Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten und Staatsarbeiter begonnen. Nach einer allgemeinen Aussprache, in der die Vorschläge der Beamten und Arbeiter an der Hand umfangreichen statistischen Materials über die Auswirkungen der Teuerung begründet wurden, wählte man einen kleineren Ausschuß, in dem die Führer der Organisationen mit den Vertretern der Regierung sich über die Erhöhung zu verständigen suchten. Die Regierung machte zunächst ein Angebot, das von den Forderungen der Gewerkschaften weit entfernt war, da es nur etwa die Hälfte der gewünschten Zulagen bot. Bekanntlich hatten die Organisationen eine 30prozentige Erhöhung der beiden Arten von Teuerungszuschlägen und eine Erhöhung des jedem Beamten zustehenden Kopfsatzes auf einen Grundbetrag von 15 000 Mark statt wie bisher 10 000 Mark verlangt.

In langwierigen Verhandlungen, die bis gegen ½2 Uhr nachts dauerten, konnte eine Annäherung zwischen beiden Parteien erzielt werden. Die Regierung gestand schließlich eine gewisse Erhöhung des Kopfsatzes für jeden Beamten zu und die Gewerkschaften hinwiederum ließen die Forderung nach Erhöhung des Grundbetrages von 10 000 Mark auf 15 000 Mark fallen. Als Ausgleich wurde jedoch von den Beamtenvertretern eine gleichmäßige Erhöhung der Teuerungszuschläge auf nunmehr 35 Prozent gefordert. Mit diesen Zugeständnissen auf beiden Seiten haben sich die Angebote der Regierung und die Forderungen der Gewerkschaften erheblich genähert. Schwierigkeiten verbleiben nur noch hinsichtlich der Frage der Besoldung der ledigen und verheirateten Beamten. Ueber diese Differenzen konnte in den Verhandlungen zunächst keine Einigung erzielt werden.

Im Laufe des Dienstag Vormittags hatteten Herr v. Schlieben, der erklärt hatte, über seine Vollmachten nicht hinausgehen zu können, dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes über den Verlauf der Besprechungen Bericht.

Erhöhung der Universitätsgebühren.

Um der Geldentwertung Rechnung zu tragen, hat das preußische Kultusministerium nach dem Vorgange der von den übrigen deutschen Hochschulen getroffenen Regelung jetzt die Universitätsgebühren wesentlich erhöht, während die Kollegiengelder, der Hauptteil der studentischen Zuwendungen für Universitätszwecke, bisher noch die alten geblieben sind. Das Auditoriengeld ist von 20 Mark zu einer von allen immatrikulierten Studierenden zu zahlenden Studiengebühr ausgebaut und auf 100 Mark für das Semester festgesetzt worden. Die Gebühr steht in die Universitätskasse. Die Hörer zahlen 50 Mark, wenn sie bis zu vier Wochenstunden an Vorlesungen belegt haben, sonst ebenfalls 100 Mark. Von den ausländischen Studierenden wird das Fünffache der Gebühren erhoben werden.

Durch diese weitere Erhöhung der Universitätsgebühren wird es dem Mittelstande immer weniger möglich, seine Söhne auf die Universität zu schicken, und es kann bei uns leicht die Gefahr eintreten, daß ebenso wie in Rußland die Schicht der Gebildeten immer spärlicher wird.

Vom Deutschen Roten Kreuz. Die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Roten Kreuzes wurde vom 25. bis 28. April unter starker Beteiligung von ganz Deutschland in Berlin abgehalten. Die Hauptpunkte der reichen Tagesordnung waren: Jugendtragen, Fürsorge für den Säugling, das Schulkind, Schulentlassene und die akademische Jugend, Förderung des Schwesternwesens und der gemeinnützigen Arbeit der Sanitätskolonnen und Samaritervereine vom Roten Kreuz, Zusammenarbeit mit den sozialhygienischen Fachverbänden, Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen, Fürsorge für Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte.

Dressurgreuel!

Von Hans Stosch-Sarrasani.

In die deutsche Presse dringen englische Berichte von Greueln an Varietee- und Zirkustieren, die angeblich drüben zeugeneidlich festgestellt worden sind. Glühende Eisenstangen, elektrisch geladene Raubtierkäfige, Nilpferdpeitschen sind noch das Sanfteste an Torturen, von denen in jenen Märchenerzählungen die Rede ist. Es gilt, dieses giftige Geschwindel von vornherein in Deutschland richtig zu kennzeichnen.

Denn für jeden Kenner sind diese Greuel selbstverständlich ebenso lächerlich wie die sogenannte Hunnengreuel von anno dazumal, deren man die deutschen Soldaten beschuldigt hat. Wer an die abgeschnittenen belgischen Kinderhände glaubt, soll meinetwegen auch solche Dressurgreuel für wahr halten. Ihm ist nicht zu helfen. Sadistische Phantasien benötigen solche Geistesnahrung mitunter.

Ich befinde mich in der denkbar besten und einwandfreiesten Gesellschaft, in der Gesellschaft eines Heck, eines Hagenbeck selig, wenn ich sage, daß keine Methode humaner ist als diejenige der deutschen Tiererziehung. Es ist fast schon ein Gemeinplatz, daß wir Deutschen die besten Tierzieher der Welt stellen. Ich behaupte: wir sind die einzigen überhaupt, die brauchbare Dressuren stellen können. Beweis? Kaum war die Internationalität lächerlich wieder hergestellt, sind die deutschen Dressuren in alle Länder und Erdteile davongeflogen. Sie wirken wieder ausschließlich in Frankreich, Amerika, Italien, Afrika, Asien. Nur England ist ihnen verschlossen. Daher jedenfalls die angebliche Dressurgreuel englischer Ausgeburt. Die Deutschen sind gesucht, weil andere Nationen kein Talent zur Tiererziehung haben. Es sei denn der Inder zur Elefantenerziehung.

Mögen inquisitorisch unbegabte Dompteurpfuscher jene närrischen und bestialischen Methoden angewandt haben, von denen man in England zu erzählen weiß. Es zeugt höchstens von der infamen Stümperei von Nichtskönnern.

Als Fachmann, der in nunmehr dreißigjähriger Artistenlaufbahn Lebewesen fast jeglicher Rasse unter den Händen hatte, Vögel, Bären, Ziegen, Nilpferde, Affen, Elefanten, Hirsche, Kamele, Tapire, Katzen, Kängurus, Schweine — kann ich meine Erkenntnisse in folgenden Sätzen niederlegen:

Tierdressur ist nichts anderes als Hinderziehung. Der einzige Unterschied: das Tier wächst mit seinen Körperkräften und Waffen mitunter über die menschliche Kraft hinaus. Das Resultat: mein Körper ist mit Narben bedeckt, jedes Glied reichlich einmal gebrochen durch Tiere, die ich in Erziehung hatte. Noch unlängst brach mir ein brünstig gewordener Elefant vier Rippen und die Schulter. Meine Arme und Beine sind mit Bärenbissen bespickt. Ich bitte aber, durch meinen Marstall und meine Tiersammlung zu gehen und zu forschen, ob eines meiner Tiere auch nur eine Schramme, geschweige denn eine Wunde als Dressurandenken trägt. Wäre es der Fall, ich würde mich in Grund und Boden schämen und würde es niemals riskieren, meine Stallungen tagein, tagaus für Tausende von Schaulustigen zu öffnen.

Oberstes Prinzip des Tierdresseurs ist dasjenige des Lehrers: Vertrauen zu erobern. Lehrer, die nur prügeln und quälen, haben niemals Erfolge. Lehrer, die in des Kindes Seele und Herz eindringen, erreichen Fabelhaftes. Auch Dressur ist nicht nur Arbeit, sie ist auch Talent, Gottesgabe. Ich glaube, von dem etwas auf den Lebensweg bekommen zu haben. Ich habe mir weltfremde zähnefleischende Affen zeichen lassen, und sie boten mir Umarmung und Kuß an. Tierinstinkt fühlt meist sicherer als Menschenverstand. Wäre ich — als alter gründlich ausgedienter Tierdresseur, — ein Vampir mit glühenden Eisenstangen, elektrisch geladenen Käfigen, und Nilpferdpeitschen: ich möchte nicht meinen eigenen Tieren, geschweige denn fremden Tieren nahetreten.

Nein! Tierdressur ist etwas ganz anderes, als die Engländer, die an der Fuchshatz nichts weiter finden, uns weiß machen wollen. Sie ist die Kunst der Seelen- und Charaktererkenntnis. Sie ist Erziehung im edelsten Sinne. Zur Erziehung gehört gewiß auch Strafe, genau so wie Anerkennung dazu gehört. Aber glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß mein Elefantenstab auf die Dickhäuter einen anderen Eindruck macht als das Kitzeln auf eine Menschenhaut? Elefanten z. B. sind Tiere, die mit dem Schall regiert werden. Versagt meine Stimme, so bin ich wehrlos. Der Schlag der Peitsche juckt den Elefanten höchstens, der Knall der Peitsche meistert den Elefanten.

Dynamik.

Wir entnehmen den beifolgenden Passus dem bei Köjel & Pustet soeben erschienenen interessanten Buche „Auslandsrätsel" von Professor Dr. Friedrich Dessauer, dem bekannten Professor für medizinische Physik an der Universität Frankfurt.

Das erste Beben dieses gigantischen Lebens macht uns zittern bei der Einfahrt nach Neuyork. Ich will sie nicht beschreiben — ich will überhaupt nicht wiederholen, was andere besser als ich schon geschildert haben. Es liegt mir im Grunde nicht so viel an der Fassade der Dinge von heute. An den Gesetzen ihrer Wandlung liegt mir, an den Kräften, die emporreiben und einebnen. Und diese Gesetze sind anders als bei uns.

Nicht Städte, nicht Häuser, wie bei uns. Wenn wir für uns ein Haus bauen, so denken wir: Endlich — nun soll es fürderhin bestehen für die noch uns kommen, und alles überlegen wir — nur an ein Ende denken wir nicht. Hier ist alles für übermorgen eingerichtet. Der Amerikaner baut ein Haus und denkt: hoffentlich kann ich mir in drei Jahren ein besseres bauen. So baut er: Hafen und Stadt und Brücke und Fabrik und Wolkenkratzer und Kirche und Eisenbahn und Tisch und Stuhl und Musik und Kino — niemals ein Ziel, ein Abschluß; nein, morgen ist es alt, macht er was anderes, selbstverständlich. Riesenhotel, mit allem Aufwand eingerichtet, nach 10 Jahren: alter Kasten. Ueberall reißen sie zehnstöckige Häuser ein, graben mit großen Dampfschaufeln tiefere Fundamente und machen 15 oder 20 Stockwerke. Es hat darum gar keinen Zweck, jahrelange Mühe auf Einzelheiten zu verwenden. Daraus ergibt sich das Bild der Stadt. Sie sieht so aus, als wüßte sie, daß morgen doch alles wieder abgerissen und neu aufgebaut wird. Kleine Häuschen, primitiv aus rohen Ziegeln, daneben fünf- und siebenstöckige verputzte daneben 10- oder 15stöckige — Du glaubst, der Große wird gleich herunterlangen und den Kleinen am Fuß auffressen. Not das eine, grau das nächste, gelb dieses, jenes weiß, ein anderes fast ganz aus Glas — dann eine Bibliothek, ein Monumentalbau; er ist gut, subtil, nach den besten europäischen Mustern, aber er steckt ganz unten drin, zu den Füßen von Wolkenkratzern, und hat Asthma.

Doch es ist eine deutliche Entwicklung da. Die neuen Riesenbauten sind schöner als die andern. Es entwickelt sich — am besten in der Neuyorker Park-Avenue zu sehen — etwas wie ein Stil. Einfach, wuchtig, ohne Ornamente, nur durch Gliederung wirksam. Deutlich ist auch der Unterschied von Chicago, der jüngeren Stadt, gegen das exponierte Neuyork. Aber die Grundtendenz: morgen alles zu ändern, bleibt.

Nicht nur im Aeußern, auch im Innern ist es so: Die Ansichten der Menschen hier werden von ihnen nicht für etwas Endgültiges gehalten. Wir in Europa tun dies. In jedem Augenblick, da wir sie äußern — in der Politik, der Wirtschaft oder auf einem anderen Gebiete — halten wir, unbewußt vielleicht, es für unmöglich, daß wir das Gegenteil morgen für richtig erklären werden. Wir bauen unsere Ansichten wie unsere Häuser, für lang, für ewig zu sagen. Wir versehen sie mit guten Fundamenten, wir machen sie solid und wir hängen Ornamente dran. Hier ist's anders. Im Augenblick, wo der Amerikaner sie äußert, ist es für ihn eine Formel, einfach, praktisch, ziemlich schnell gemacht, ohne Ornamente, eine Formel, fertig, demnächst abgerissen und durch eine neue ersetzt zu werden, wenn sie sich als irrig oder als unzulänglich erweist.

Ist das so falsch? Es ist anders wie bei uns, kaum irriger. Hier merke ich, wie unendlich konservativ wir im Grunde sind. Wie mühselig ringen wir, wie zäh halten wir! Eingerichtet, abgeschafft, neu gebaut — es geht hier schnell. Und die meisten menschlichen Dinge sind auch darnach, daß wir unsere Ansichten über sie nicht aus Granit bauen sollten.

Ich weiß nicht, ob ich klarmachen kann, was ich erlebe. Einen großen Unterschied will ich zeigen zwischen uns und ihnen. Nicht, als ob ich sagen wollte, bei uns gäbe es keinen Wandel, hier kein Beharren. Es gibt auch bei uns kurzlebige Bauwerke und Gedanken und in den Vereinigten Staaten ziemlich alte. Aber der Charakter dieser Prozesse ist gründlich anders.

Eine Hoffnung für uns? Ja. Wandlung der Ansichten an manchen Stellen zugunsten Deutschlands. Die amerikanischen Soldaten, die Reisenden, die in Europa waren, haben das bewirkt. Das Lügennetz reißt hie und da. Von vielen Seiten sagt man mir dies. Freilich, es gibt noch mehr Hasser als Freunde — aber sie schwinden. Die deutsche Republik hat Sympathie. „Machen Sie so fort, Sie werden in 15 Jahren die beste Republik haben," sagte mir gestern ein Amerikaner, dessen Herkunft, Name, Rang und Vergangenheit seinem Wort Gewicht geben. — Es war eine schöne Dummheit, die wir da gemacht haben, sagte mir vorhin ein Bediensteter. Es gibt auch andere Urteile. Man ist sehr empfindlich für jeden Fehler von uns — oder was sie hier dafür halten —, aber eine erste beginnende Wandlung eines Teiles der öffentlichen Meinung ist der Richtung nach zu Deutschlands Gunsten. Folgen können nicht ausbleiben, wenn wir nicht selbst diesen Prozeß vereiteln. —

Großes „baseball"-Wettspiel im Stadion in Neuyork. 40 000 Menschen, 40 000 weitere finden keinen Einlaß. Bewegung, Eifer, Begeisterung. Die Neuyorker Mannschaft kommt ins Hintertreffen — da, im Endspiel wirft einer von ihnen einen wundervollen Ball, er wendet das Geschick. Die Zuschauer sind wie rasend. Unbekannte fallen einander um den Hals, viele weinen vor Ergriffenheit. Die Zeitungen sind tags darauf voll — zwei Seiten, dicke Ueberschriften, Bilder —, hinten eine ganz kleine Notiz über Europas Schicksal. — Ein paar Tage darauf vergessen; kommt ein neuer Modesport, so wird man den alten weglegen. Das Entscheidende ist hier das Werden, Vergehen, nicht das Sein, der materielle, körperliche, geistige Stoffwechsel, nicht der aufgespeicherte, errungene, verwahrte Vorrat. Es kommt noch nicht darauf an, zu sagen, was dies taugt. Ich will erfahren und sagen, was hier lebendig wirkt. Jedoch in der Wirtschaft jedenfalls ist Stoffwechsel, lebhaft zirkulierendes Blut gesünder als aufgespeicherter Rentnerreichtum, Fett im Wirtschaftskörper. Wir Deutschen sind arm. Wir haben keinen Vorrat mehr in unserer Wirtschaft. Aber unsere Organe, unsere Blutadern sind noch da und bereit. Nordamerika ist im Kriege unermeßlich reich geworden. „Wir sind schwer krank, wir ersticken in unserem Fett," sagte mir ein amerikanischer Bankier, der von Europa zurückkam. So ist es. Die Fabriken, die Geschäfte stagnieren, Hunderte von Schiffen rosten im Hafen. Die Auslandskäufe haben das Geld gedracht. Das Ausland kauft nicht mehr, der Dollar gilt zuviel, die Magazine bersten, Arbeiter feiern. Vier Millionen Arbeitslose!

Aber das wird nicht anders, bevor die Ursachen nicht anders werden; die aber liegen zurück. Es sind — aber das Volk hier weiß es noch nicht und will es nicht wissen — Ungerechtigkeiten, die zugleich die gewaltigen Torheiten sind, die man in erregten Stunden mit vergifteten Gemütern gemacht hat und die wir gebilligt haben in der Stunde unserer tiefsten Fieber-Agonie im schredlichsten Dokument aller Zeiten, im Vertrag zu Versailles.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220503014/fragment/page=0002